

## „Mühsame Suche nach Souveränität“ Walter Posch

published in: *Die Furche* (Wien) 27 January 2005

Die gegenwärtige Situation im Irak gibt wenig Anlaß zur Hoffnung auf einen friedlichen und sicheren Verlauf der Wahlen. Die Gewalt wird auch nach den Wahlen nicht aufhören und dennoch wurde am Termin festgehalten. Das hat zum einen mit den Bestimmungen des im März 2004 unterzeichneten Übergangsgesetzes zu tun, zum anderen damit, daß die wichtigsten Machtblöcke im Irak den Wahlgang befürworten: die Amerikaner und die Schiiten. Beide allerdings aus unterschiedlichen Beweggründen, die USA brauchen eine völkerrechtlich legitimierte Regierung, um wichtige Verträge (z.B. Militärpräsenz und Erdölverträge) auf eine gesetzliche Grundlage stellen zu können und weil die amerikanische Glaubwürdigkeit auf dem Spiel steht. Die in der Vereinigten Irakischen Allianz organisierten schiitischen Parteien wiederum glauben, daß nach der Wahl und der somit erlangten Souveränität kein weiterer Bedarf für eine amerikanische Truppenpräsenz bestehen wird, und die USA ihre Truppen abziehen, oder doch deutlich reduzieren werden. Es gibt gute Gründe anzunehmen, daß keine der genannten Parteien ihre Ziele ganz verwirklichen können wird.

Die de facto Dreiteilung des Landes macht nur einen äußerst unvollkommenen Wahlgang möglich. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird in den schiitischen und kurdischen Gebieten des Landes gewählt werden, in den sunnitisch – arabischen Provinzen jedoch kein Wahlgang möglich sein, oder nur in Etappen gewählt werden. Der Sieg der schiitischen Einheitsliste gilt daher als das wahrscheinlichste Ergebnis, als zweitstärkste Fraktion dürften dann die Kurden, ebenfalls in vereinigter Liste, ins Parlament einziehen und als drittstärkste Kraft rechnet man mit dem Abschneiden der Partei von Regierungschef Allawi, der überwiegend Ex-Baathis angehören. Gleichzeitig wird in den kurdischen Gebieten das Regionalparlament gewählt werden. Auch hier rechnet man mit einem Sieg der Favoriten, fast wichtiger jedoch wird sein, wo die kurdischen Oppositionsparteien, vor allem die Islamisten Erfolge erzielen können. Das irakische Parlament hätte dann eine schiitisch-kurdische Mehrheit mit einer deutlichen Unterrepräsentation der arabischen Sunniten. Diese Parlament müßte dann von der Übergangsverfassung ausgehend eine neue Verfassung erarbeiten, das Verhältnis mit den USA (Militärbasen u.ä.) auf legale Grundlage stellen, Sicherheitskräfte aufbauen und den Aufstand niederschlagen, die arabischen Sunniten gewinnen, eine Regelung für die kurdische Autonomie finden und die Wirtschaft ankurbeln – und zwar alles gleichzeitig. Damit nicht genug, schwebt über all dem noch der Vorwurf, daß die schiitische Mehrheit den Irak nach iranischem Muster islamisieren will.

### Islamisierung?

Zunächst zum Vorwurf der Islamisierung: auch wenn die Islamisierung der irakischen Gesellschaft unbestreitbar ist – sie wurde übrigens bereits unter Saddam Hussein begonnen – so sind doch ernste Zweifel an der Attraktivität des iranischen Vorbilds unter den religiösen Schiiten angebracht. Die khomeinische Lehre von der „Herrschaft der Rechtsgelehrten“ hat außerhalb Irans nur wenig Anhänger gefunden. Die irakische theologische Schule ging andere Wege und der Ansehensverlust der iranischen Mollahs bei den Gläubigen des Nachbarlandes, mag als abschreckendes Beispiel hierfür gedient haben. Großayatollah al-Sistani hat jedenfalls in all seinen politischen Äußerungen darauf bestanden, daß sich der Klerus nicht in die Regierungsgeschäfte einmischen wird. Ihm geht es in erster Linie um die Gesellschaft, die sich an islamischen Normen und Werten zu orientieren hat, denn um die konkrete politische Arbeit. Er sieht sich als Mentor der Vereinigten Irakischen Allianz, d.i. die schiitische Einheitsliste, und ist nicht ihr Vorsitzender. Zweifelsohne wird die Hawza Ilmiya, jene mächtige Klerikerinstitution in Nadjaf, der Sistani vorsteht, großen Einfluß auf die Geschicke des Landes ausüben. In etwa so, wie ihn die katholische Kirche in einigen europäischen Ländern dereinst ausüben konnte. Dennoch betrachten Sistani und seinesgleichen die jetzige Situation in der sie gezwungen sind, Partei zu ergreifen als Anomalie. Niederrangigen Klerikern steht es jedoch frei, sich politische zu betätigen. Das trifft vor allem Abdulaziz al-Hakim und Muqtada al-Sadr zu, letzterer hat sich entschlossen, nicht zu kandidieren. Der immer noch populäre Muqtada bleibt der große unbekannte im schiitischen Lager. Amerikanische Analytiker billigen ihm als einzigen schiitischen Politiker

die Fähigkeit zu, mit dem sunnitischen Widerstand zu kooperieren, wofür es jedoch bis jetzt keine Belege gibt. Im Gegensatz zu den anderen schiitischen Parteien, scheint er kaum Kontakte mit kurdischen Gruppen zu unterhalten. Eine schiitisch-kurdische Verständigung ist vor allem für die nächsten Monaten von großer Bedeutung.

## Kurdistan

In der ersten Phase unmittelbar nach der Wahl muß es nämlich gelingen, eine Lösung für die kurdische Autonomie zu finden. In dieser Situation werden die kurdischen Parteien aus einer Position der Stärke und der Verzweiflung heraus verhandeln müssen. Aus einer Position der Stärke, weil sie in Bagdad mit einer Stimme sprechen werden, Unterstützung bei den Amerikanern finden, über eigene Milizen verfügen und, indem sie für relativ ruhige Verhältnisse im Norden gesorgt haben, einen wichtigen Beitrag für die Stabilität und Sicherheit des Landes bereits geleistet haben. Dem steht jedoch der Druck gegenüber, dem die Parteien KDP und PUK, durch die Referendumbewegung ausgesetzt sind. Diese hat zwei Millionen Unterschriften für die Unabhängigkeit Südkurdistans vom Irak gesammelt. Wenn nun die Parteiführer Barzani und Talabani sich von vornherein nur mit einer Autonomie im Rahmen des Irak begnügen, wird ihre Glaubwürdigkeit schwer angeschlagen, da es sich bei beiden um kurdische Nationalisten handelt. In den Verhandlungen über den genauen Verlauf der Grenze der zukünftigen autonomen Provinz Kurdistan bleibt ihnen daher keine andere Wahl als Maximalforderungen zu stellen, von denen sie wissen, daß sie nicht erfüllt werden. Die wichtigste dieser Forderungen, die Stadt Kirkuk zur Hauptstadt Kurdistans zu machen, wurde ihnen schon abgeschlagen. Mit Kirkuk wäre Kurdistan lebensfähig, die Gründung eines eigenen Kurdenstaates wird jedoch nicht nur von den Nachbarstaaten abgelehnt, sondern auch von den USA. Einzig realistische, und für die Kurden äußerst bittere, Lösung wäre die Gründung einer Provinz Kurdistan, die der alten osmanischen Provinz Mosul entspricht, jedoch ohne die Städte Mosul und Kirkuk. Daher muß mit Unmutsäußerungen der Bevölkerung gerechnet werden, die sich im Raum Kirkuk in Auseinandersetzungen zwischen Kurden auf der einen, Arabern und Türkmene auf der anderen Seite entladen könnten. Wenn dann noch ein konfessionelles Element dazu kommt, z.B. schiitische Türkmene und radikal-sunnitische Kurden, ist mit Unterstützung aus anderen Teilen des Landes zu rechnen. Schließlich ist zumindest auf der Ebene der Geheimdienste mit iranischer und viel stärker und effizienter mit türkischer Involvierung zu rechnen. In kleinerem Maßstab ist all dies schon geschehen und es gelang immer noch im letzten Augenblick, eine Eskalation zu verhindern. Am wahrscheinlichsten kommt es jedoch zu einer niemand wirklich befriedigenden Lösung: man gründet die autonome (oder föderale) Provinz Kurdistan und die kurdischen Freischärler werden in Kirkuk und Mosul präsent bleiben.

## Souveränität

Kurdische Kämpfer und junge Schiiten stellen die größte Anzahl an Freiwilligen für die irakische Polizei und die Streitkräfte. Viele Mängel lassen sich durch bessere Ausbildung, Ausrüstung und Bezahlung beheben, prinzipielle Fehlentscheidungen jedoch nicht. In Anbetracht der Tatsache, daß die irakische Armee einfach nach Hause ging und aufgrund ihrer Vernachlässigung durch das Regime eher in verfallendem Zustand war, scheint die Entscheidung, sie ganz aufzulösen, verständlich. Und trotzdem war sie falsch, weil die Armee die einzige, nationale Institution des Landes war, die ihre Geschichte bis auf die Staatsgründung zurückführen konnte und in der Gesellschaft noch über gewisses Ansehen besaß. Beim jetzigen Wiederaufbau der Streitkräfte stellt sich die prinzipielle Frage ob man mit der Spitze der Streitkräfte beginnt oder am anderen Ende, also Kompanie um Kompanie ausbildet und die Armee nach oben anwachsen läßt. Mit dieser Methode schafft man bestenfalls Hilfstruppen von zweifelhaftem Wert, man hat allerdings von den für die Ausbildung verantwortlichen Unteroffizieren aufwärts alle wichtigen Positionen mit eigenen Leuten besetzt. Im umgekehrten Fall, wenn also den Irakern das Recht zugestanden würde, im „top-down“-Verfahren ihre Streitkräfte (freilich mit amerikanischer Hilfe und Beratung) selbst aufzubauen, ist viel eher gewährleistet, daß gute und brauchbare Offiziere zurückkehren, die in der Lage sind, Kommando und Verantwortung zu übernehmen und die ihren Dienst als patriotische Pflicht ansehen. Dies ist umso wichtiger, als im Laufe der Zeit viele Offiziere aus den Reihen der Parteilizen versuchen werden, die Reihen der Armee zu füllen.

Das Kernproblem ist aber, wie überall im Land, die Souveränität. Soll in Zukunft eine irakische Armee unter eigenem Kommando entstehen, die ausschließlich dem eigenen Verteidigungsministerium gegenüber verantwortlich ist, oder will man, daß die Armee weiterhin unter strenger alliierter Kontrolle bleibt. In diesem Fall dürfte nicht viel mehr als eine Hilfstruppe zu erwarten sein. Eine souveräne irakische Armee unter irakischem Kommando und von irakischen Offizieren befehligt würde schon deshalb leichter für die Bevölkerung zu akzeptieren sein, da ihr gewisse kulturspezifische Fehler, die jeder Besatzungstruppe unterlaufen können, nicht passieren würden. (Das Wissen über das komplizierte Abhängigkeitsverhältnis von Sippen, Clans und Stämmen wäre als ein Beispiel zu nennen).

Die Frage nach der zukünftigen irakischen Souveränität steht natürlich über dem gesamten Irakunternehmen, was für die Armee gilt, gilt auch für die Ministerien. Die direkte amerikanische Kontrolle ist überall spürbar und der Bevölkerung natürlich bewußt, die wiederum zu Recht, die USA für einen Großteil der Misere verantwortlich macht. Daß die mittlerweile stillgelegte Homepage der aufgelösten CPA (Coalition Provisional Authority) direkt auf die Seite der amerikanischen Botschaft in Bagdad verlinkt, paßt nur zu gut in das Bild eines auf längere Zeit nur teilsouveränen Iraks. Wenn man verschiedenen Berichten glauben darf, würden die USA ihre Truppen zwar lieber heute als morgen abziehen. Aber sie werden einige wichtige Basen (wahrscheinlich Kirkuk, Bagdad und Basra) im Land für lange Zeit behalten.

Irak in der Region

Der Irak wird in Zukunft, neben den kleinen, vor allem für die Flotte wichtigen Golfmonarchien wahrscheinlich der wichtigste Partner der USA in der Region werden. Wahlen und halbwegs geordnete Verhältnisse im Irak sind essentielle Schritte auf dem Weg zur Umgestaltung der Region durch die USA. Insofern scheint der verschärfte Ton Washingtons Teheran gegenüber logisch, auch wenn sich der Iran bis jetzt kooperativ und besonnen verhalten hat. Die härtere Haltung Iran gegenüber kann auch als Warnung dahingehend verstanden werden, sich nicht noch mehr in die irakischen Verhältnisse einzumischen. Denn selbst auf Seiten der USA wird mit dem wahrscheinlichen Sieg der schiitischen Einheitsliste gerechnet, in der einige proiranische Parteien aktiv sind. Gleichzeitig müssen sie noch die Winkelzüge Muqtada Sadrs und Großayatollah Sistanis beachten, (alle drei, die Einheitsliste, Muqtada und Sistani sollen übrigens von einem ehemaligen Favoriten der Amerikaner koordiniert werden – von Ahmad Chalabi), mit dem Aufstand in den arabisch-sunnitischen Gebieten und mit einer heiklen Situation in Kirkuk fertig werden.

Die irakischen Wahlen am 30. Jänner werden weder Stabilität noch Souveränität für den Irak bringen. Letztere könnte durch den Aufbau irakischer Streitkräfte unter irakischem Kommando gelingen, die den Kampf gegen die Insurgenten auf eigene Verantwortung führen und so das Land stabilisieren. Die vermutlich schiitisch dominierte Regierung muß sich als erstes mit den Kurden verständigen, gelingt eine für beide Seiten tragbare Lösung der Autonomiefrage, wäre ein jahrzehntelanger Konflikt gelöst. Die Chancen dafür stehen nicht zum besten, da weder mit einem Ende des Aufstandes zu rechnen ist, noch wird Bagdad den Norden des Landes effizient kontrollieren können. Eine andere Frage ist ob sich die verschiedenen schiitischen Gruppen der Einheitsliste nach den Wahlen nicht doch noch in die Haare kommen und welche Rolle Muqtadas Bewegung der sozialen Unterschicht dabei spielen wird. Von einem gehen jedoch viele Beobachter aus: daß es zu einem schiitischen Aufstand kommen wird, sofern der Eindruck entsteht, die Amerikaner würden über Gebühr im Lande bleiben wollen. Allerdings hatte man ähnliches im Irak schon erlebt, schon in den 1920er Jahren rebellierten Sunniten, Schiiten und Kurden zu unterschiedlichen Zeiten und für unterschiedliche Ziele. Den Engländern gelang es unter großen Opfern die Oberhand zu behalten. Großbritannien hatte den Irak zuvor übrigens „befreit“.